

Aktuell

Soziale Gerechtigkeit - Teil 1: Alles Ideologie



Adam Smith (1723 – 1790): „Die Tugend der Gerechtigkeit ist der Hauptpfeiler des ganzen Gebäudes. Wird der entfernt, zerfällt das große, mächtige Gebäude der menschlichen Gesellschaft unweigerlich in seine Atome.“

Die Soziale Gerechtigkeit scheint in der politischen Diskussion eine Renaissance zu erleben. Im Nationalratswahlkampf war sie eines der wenigen wirklich strittigen Themen und einer Studie der Universität Graz zufolge empfinden 90 Prozent der ÖsterreicherInnen die soziale Ungerechtigkeit im Land als zu groß. Stellt sich die Frage, was soziale Gerechtigkeit denn nun eigentlich ist.

Die Antwort ist zunächst einmal recht simpel: Zu allererst ist soziale Gerechtigkeit reine Ideologie. Nun sind Ideologien in unseren Breiten ja etwas in Verfall geraten, vor allem seit wir angefangen haben, an alternativlose Sachzwänge (vor allem wirtschaftliche Sachzwänge) zu glauben. Dabei ist eine Ideologie grundsätzlich nichts anderes als eine spezifische Sicht der Welt bzw. eine bestimmte Vorstellung davon, wie man leben möchte. Zu jeder Ideologie gibt es folglich Alternativen, über die es sich zu streiten lohnt. Es ist deshalb aus meiner Sicht eines der Grundübel heutiger Politik, dass sie sich so gerne als „alternativlos“ bezeichnet.

Insofern ist soziale Gerechtigkeit auch nicht unbedingt etwas, was man haben muss - aber wollen kann. Das bedeutet allerdings nicht, dass es folgenlos wäre, wenn man sie nicht hat: Als während der großen Hungersnot im Paris des 18. Jahrhunderts Marie Antoinette meinte, „wenn das Volk kein Brot hat, soll es doch Kuchen essen“, hat ihr diese ideologische Haltung zur Verteilungsfrage immerhin den Kopf gekostet.

Gerechtigkeit ist aber auch ein zutiefst menschlicher Habitus, der den Menschen vom Tier unterscheidet. In der Natur setzt sich der Stärkere durch. Menschliche Gerechtigkeit impliziert dagegen unabhängig vom absoluten Wohlstandsniveau einer Gemeinschaft im Minimum, dass keiner aus der Gemeinschaft unten herausfällt und nicht mehr aktiv am Le-

ben der Gemeinschaft teilnehmen kann. Diese Minimalvariante könnte man auch als Armutsvermeidung bezeichnen. Eine gehaltvollere Variante wäre: Dass auch oben keiner davon läuft und dazwischen ein common sense über die Verteilung herrscht – das ist dann deutlich mehr als nur Armutsvermeidung.

Der Egoismus des homo oeconomicus

Unterschiedliche Zeiten und Kulturen haben soziale Gerechtigkeit unterschiedlich gewertet und praktiziert.

Ein Beispiel für die anspruchsvollere Variante: In einem afrikanischen Volkstamm mussten noch vor 100 Jahren Reiche die anderen so lange einladen, bis alle wieder auf gleicher Höhe waren. Es wird berichtet, dass das nicht selten in der Armut der Reichen endete.

Im modernen Österreich gönnen wir uns trotz unseres Wohlstandsniveaus eine eher minimalistische Variante: Es soll keiner verhungern oder kein Dach über dem Kopf haben. Diese Variante erlaubt auch, dass das Vermögen sehr ungleich verteilt ist und oben einige davon laufen. Bei den Einkommen ist die Spreizung nicht so extrem. Gleichwohl wird sie nur durch ein fast schon unüberschaubares Sammelsurium von sozialstaatlichen Transferleistungen so niedrig gehalten und bei genauem Hinschauen fragt sich doch mancher, wie jemand das 100- bis 300-Fache eines anderen verdienen kann. Wenn man das mit Leistung begründen will, zeigt das nur, dass auch Leistung ein sehr ideologischer Begriff ist.

Nun ist nach unserem heutigen Verständnis von Marktwirtschaft soziale Gerechtigkeit kein Anliegen des Marktes. Der Markt ist weder sozial, noch gerecht – hier regiert der Egoismus des homo oeconomicus. Unter Berufung auf Adam Smith, der ja als Urvater einer Ökonomie des frei-

en Spieles der Marktkräfte gilt, soll es eine „unsichtbare Hand des Marktes“ sein, die den Egoismus des Einzelnen in wachsenden Wohlstand für die Allgemeinheit verwandelt. Da es der moderne Ökonom nicht mehr so sehr mit „unsichtbaren Händen“ hat, nennt man das Phänomen heute die „Rationalität des Marktes“, dem (wie dem lieben Gott) alle notwendigen Informationen zur Verfügung stehen.

Die „thrickle down“-Theorie

Der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit wird deshalb gerade von Unternehmerverbänden gerne die sogenannte „thrickle down“-Theorie entgegen gehalten: Wenn die Reichen reicher werden, wird das nach und nach zu den unteren Einkommensschichten durchsickern. Vor allem mit Blick auf die letzten beiden Dekaden zweifeln jedoch auch politisch unverdächtige Ökonomen mittlerweile an dieser Theorie: Z.B. ist der Chef der britischen Finanzaufsicht FSA, Adair Turner, davon überzeugt, dass „große Einkommensungleichheit in reichen, hochentwickelten Volkswirtschaften zahlreiche Probleme“ verursacht. Die Ignoranz für Einkommensungleichheit sei einer der entscheidenden Fehler der Ökonomie in den vergangenen Jahrzehnten gewesen. Ein schönes Beispiel ist unser Vorarlberg: Wir haben die größte Millionärsdichte in Österreich, ringen gleichzeitig bei einer Armutsgefährdungsquote von 14,7 % mit Kärnten um den zweit schlechtesten Platz hinter Wien und liegen auch bei den Einkommen der unselbständig Beschäftigten unter dem Bundesdurchschnitt.

Dreißigjährige Experimentierphase

Wir haben jetzt eine mehr als dreißigjährige Experimentierphase hinter uns, in der quasi am laufenden Motor freie Marktwirtschaft in reinsten Form ohne Rücksicht auf ihre soziale Ausgewogenheit erprobt wurde. Seinen Ausgangspunkt hatte dieses Experiment in den Siebziger Jahren, als mit dem Ende des wirtschaftlichen Nachkriegsbooms die Wachstumsraten und die Unternehmensgewinne zurückgingen. In dieser Zeit begann sich eine ökonomische Lehre durchzusetzen, die bis heute den Mainstream darstellt. Gleich, ob man sie angebotsorientiert oder neoliberal nennt, sah sie den Rückgang des wirtschaftlichen Wachstums in dem nach dem Krieg ausgebauten Sozialstaat begründet, dessen „überbordende“ Umverteilung der Wirtschaft die für das Wachstum erforderlichen Investi-

tionsmittel entzog. Das Credo des daraus folgenden Experimentes war und ist: Abgabentlastung von Unternehmen und Vermögen sowie Deregulierung der Märkte vor allem von verteilungspolitisch wirksamen staatlichen Eingriffen. Damit sollten die Investitionen und infolgedessen das Wirtschaftswachstum gesteigert, Arbeitsplätze geschaffen und die Arbeitslosigkeit gesenkt werden, sodass im Endeffekt ein von nun überflüssigen Sozialausgaben entlasteter Staat mehr Einnahmen requirieren kann, als ihm durch die ursprünglichen Abgabentlastungen verloren gegangen ist.

In der Tat hat Österreich (und nicht nur Österreich) heute die niedrigsten Unternehmens- und Vermögensabgaben der Nachkriegszeit: Gesenkt wurden u.a. Körperschaftssteuer, Erbschaftssteuer, Kapitalertragssteuer, die Produktionsabgaben sind niedriger als noch vor 10 Jahren, die Gruppenbesteuerung ist die großzügigste in der gesamten EU etc. etc. Gleichzeitig können wir die größte Umverteilung von unten nach oben nach dem Zweiten Weltkrieg konstatieren.

Nur das vorausgesagte Ergebnis ist ausgeblieben:

- Der Anteil unseres Bruttoinlandsproduktes, der wieder reinvestiert wird (die Investitionsquote) sinkt seit gut 30 Jahren kontinuierlich.
- Das Wirtschaftswachstum ist infolgedessen noch bescheidener als zu Beginn des „Experiments“, vor allem aber zu gering, um genug neue Arbeit zu schaffen. Die viel bejubelte Rekordbeschäftigung täuscht darüber hinweg, dass das Beschäftigungsvolumen in Stunden nicht einmal halb so viel gestiegen ist wie die Zahl der Arbeitsplätze. De facto haben wir eine erzwungene Arbeitszeitverkürzung vor allem in den unteren Lohngruppen, was die Chancen, dort noch existenzsichernde Einkommen zu erzielen, nachhaltig schwächt,
- gleichzeitig wächst die Arbeitslosigkeit stetig und die Armutsgefährdung ist für ein so wohlhabendes Land wie Österreich intolerabel hoch,
- die Reallöhne stagnieren bei den mittleren Einkommen und sinken in unteren Einkommensbereichen,
- die Binnennachfrage ist infolgedessen so schwach wie nie, was wiederum das wirtschaftliche Wachstum behindert,
- die Staatsverschuldung ist so hoch, dass kaum noch die dringend erforderlichen

Zukunftsinvestitionen (z.B. in Bildung) möglich sind.

Neben der Arbeitslosigkeit und den Staatsschulden sind aus volkswirtschaftlicher Perspektive lediglich die Betriebs- und Vermögensgewinne gestiegen. Da – wie die sinkende Investitionsquote nahelegt – realwirtschaftliche Investitionen nicht lohnend erscheinen, befeuern diese Gewinne lediglich den ohnehin schon im Übermaß aufgeblähten Finanzmarkt. Dass Österreich noch nicht wirklich „versandelt“ ist, liegt einzig daran, dass wir unsere Probleme quasi internationalisiert haben. Die viel gepriesene „Wettbewerbsfähigkeit“ der österreichischen Wirtschaft ist deshalb aus dieser Perspektive nicht die Lösung unserer wirtschaftlichen und sozialen Probleme, sondern ein Teil des Problems. Es lohnt sich, diesen Aspekt in einem folgenden Beitrag genauer zu beleuchten.

Die Tugend der Gerechtigkeit

Es scheint folglich so, als wenn soziale Gerechtigkeit doch auch eine Grundvoraussetzung für das Funktionieren von Marktwirtschaft ist. Das meinte übrigens auch Adam Smith – der nämlich von den Ideologen des freien Marktes gerne nur unvollständig zitiert wird. Im gleichen Werk, dem auch die gottesähnliche unsichtbare Hand des Marktes entstammt, steht nämlich auch der folgende Satz: „Die Tugend der Gerechtigkeit ist der Hauptpfeiler des ganzen Gebäudes. Wird der entfernt, zerfällt das große, mächtige Gebäude der menschlichen Gesellschaft unweigerlich in seine Atome“ (Adam Smith, Wohlstand der Nationen).

Man sollte also den „unsichtbaren Händen“ auf die Finger schauen. *Michael Diettrich*